



REPRÉSENTATION PERMANENTE DE SUISSE
AUPRÈS DU
CONSEIL DE L'EUROPE

67083 STRASBOURG CEDEX

11, Bd du Président Edwards
Tel.: 350072

11. Oktober 1985

731-4g.8.7.sd.-TR/cm

d.e.r.

an	PIA	WS	STU	d/a
Datum	14.10.85			
Visa	P	ju	L	R
EDA	14.10.85	15		
Ref.	p.B. 75.21.			

Herrn Botschafter Francis PIANCA
Chef der Politischen Abteilung I
EDA

3003 B e r n*note*

Oesterreichischer Vorschlag einer Stellungnahme
des Ministerkomitees des Europarates zum
israelischen Angriff auf das PLO-Hauptquartier
in Tunesien

Herr Botschafter

Im Anschluss an unsere Gespräche im Hinblick auf die Sonder-
sitzung der Ministerdelegierten vom 7. Oktober möchte ich
Ihnen einen schriftlichen Bericht über diese Sitzung er-
statten, in Ergänzung der bereits mündlich nach Bern durch-
gegebenen Informationen.

1. Verlauf der Sitzung vom 7. Oktober

- ./.
./.
- A trug seinen Vorschlag (Beilage 1) vor: Argumentation gemäss
Beilage 2, unter Beifügung eines Hinweises auf besondere Be-
ziehungen zwischen dem ER (namentlich über die Parlamentari-
sche Versammlung, die - auch - dort Sitzungen abhält) und
Tunesien.

Die Stellungnahmen der anderen Delegationen waren die folgen-
den:

- DK, Malta (das wieder ziemlich regelmässig an den Sitzungen
teilnimmt), Zypern, T und GR unterstützten den A-Vorschlag,
teils mit Vorbehalt, dass der Text etwas geändert werde.

- 2 -

- F, GB und E sagten, sie könnten sich einer Mehrheit anschliessen, die dem Vorschlag von A folgen will.
 - B, P und D äusserten, wie CH, so starke Bedenken, dass ihre Stellungnahme als Ablehnung verstanden werden musste.
 - N und S zeigten sehr wenig Enthusiasmus für den A-Vorschlag.
 - L (Präsidium EG), NL und I hoben noch deutlicher als andere EG-Mitglieder hervor, dass die EG bereits zur Sache Stellung genommen habe; in Konsequenz davon wünschten sie zunächst die Haltung der Nicht-EG-Länder zum A-Vorschlag zu hören. Ein eigenes Interesse an einer ER-Erklärung zeigten diese drei nicht.
- (IRL, ISL und FL waren nicht anwesend.)

Die ausdrücklichen oder impliziten Argumente waren namentlich:

- Eine solche Erklärung käme zu spät
- Gewisse EG-Länder: Die ER-Erklärung müsste im wesentlichen sich an die EG-Erklärung zu dieser Sache halten, da die EG-Länder im ER nicht eine neue Haltung einnehmen wollen.
- Gegenargument von Nicht-EG-Ländern: es wäre ohne Reiz, wenn der ER einfach die EG-Erklärung übernehme.
- Das Thema eignet sich nicht gut zur Stellungnahme durch ER (u.a. CH: vgl. unten, Punkt 2)
- Momentane Inopportunität für einzelne Länder: D: bevorstehender Besuch v. Weizsäckers in Israel; CH: bevorstehender Besuch von Bundesrat Aubert in Aegypten und Israel).

Die Sitzung endete mit der Feststellung durch den Präsidenten, dass kein ausreichender Konsens für eine Stellungnahme bestehe. Auch alle vom A-Botschafter in die Diskussion gegebenen Alternativvorschläge fanden keinen Anklang, schliesslich, am Ende der Sitzung, auch kein Interesse mehr.

2. CH-Argumente

Ich machte gegen die von A vorgeschlagene Erklärung in der Hauptsache folgende Einwendungen:

- Mit einer Erklärung käme der ER nun viel zu spät, umso mehr, als der vorliegende Text für manche Delegation nicht annehmbar wäre, also erst in einigen Tagen eine Publikation erfolgen könnte.
- Der Nah-Ost-Konflikt zieht sich seit Jahrzehnten hin. Er bringt stets neue Gewalttaten hervor, die die Schweiz verurteilt. Sie alle einzeln durch den ER zu verurteilen, wäre unmöglich und unvernünftig. Wäre eine Verurteilung aber im heutigen Moment angezeigt, müsste sie viel ausgewogener sein als der A-Vorschlag.

./...

- Gewaltanwendung verletzt die Menschenrechte. Wenn wir aber jeden kriegerischen Konflikt mit seiner Gewaltanwendung permanent als Aktualität auf der Liste der Menschenrechts-Verletzungs-Pendenzen führen, überfordern wir uns selbst und das Publikum.

3. Lehren für den politischen Dialog im ER

Dieser "Zwischenfall" hat einige Tatsachen beleuchtet, die im Zusammenhang mit der geplanten Intensivierung des politischen Dialogs innerhalb des ER von Bedeutung sind:

- a) Die EG-Länder sind sich ihres politischen Dialoges, der EPZ, sehr bewusst. Er spielt in ihrer Aussenpolitik eine Rolle; das Ziel einer gemeinsamen Aussenpolitik - wenn auch fern einer weitgehenden Verwirklichung - wirkt sich aus.

Sie wissen, dass die Nicht-EG-Länder dieses Ziel nicht einmal verbal teilen. Und die Nicht-EG-Länder wissen das natürlich auch selbst.

Politische Stellungnahmen des ER müssen also einen der Natur und der Aufgabe des ER entsprechenden Sinn haben, um von den EG-Ländern verstanden und akzeptiert zu werden.

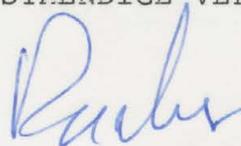
- b) Wenn ein Land im ER - wo man keine gemeinsame Aussenpolitik anstrebt und wo Länder mit sehr verschiedenen Aussenpolitiken beieinander sind - auf einem Vorschlag allzu sehr beharrt, wirkt das "entsolidarisierend", schwächt das den Willen zum vertrauensvollen politischen Dialog, weckt den Eindruck, dass man durch ihn unter unerwünschten Druck gerate.
- c) Wichtig ist es, Formen des Vorgehens zu finden, die es für jedes Land durchaus akzeptabel machen, dass ein von ihm vorgeschlagenes Thema für den politischen Dialog keinen Anklang findet, nicht diskutiert wird, also ihm gestatten, nicht bis ins Letzte auf seinem Antrag zu beharren. Wichtig dürfte bei problematischen Themen sein, dass man nicht gleich mit einem Resolutionsentwurf anrückt, sondern zuerst mit einer "entrée en matière".
- d) Der politische Dialog im ER muss gar nicht immer und in erster Linie auf einen Beschluss ausgehen. Blosser Gespräche zwischen Aussenministern, politischen Direktoren, Ministerdelegierten, über gut ausgewählte Themen und gut vorbereitet, können ebenso nützlich sein.

./...

- 4 -

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

DER STAENDIGE VERTRETER



(Thomas Raeber)

Beilagen: erwähnt

Kopien an:

- Herrn Staatssekretär E. Brunner
- Dienst Europarat EDA
- Sekretariat von Herrn Bundesrat P. Aubert

original anglais

1

PROJET DE DECLARATION

Le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe condamne vigoureusement l'agression armée contre la souveraineté tunisienne et le quartier général de l'OLP.

Cette agression armée viole gravement le droit international. Elle est en outre dirigée contre un pays arabe qui a traditionnellement lutté pour une coopération plus étroite avec l'Europe et qui a été parmi les premiers à demander un règlement négocié du conflit israélo-palestinien.

Le Conseil de l'Europe est inquiet car cette attaque rend plus difficile encore la recherche d'une solution pacifique à un moment où des efforts nouveaux et courageux sont en cours.

Le Conseil de l'Europe est profondément engagé en faveur du respect des libertés fondamentales et des droits de l'homme. Il lutte pour renforcer le respect du droit. Il est aussi engagé en faveur du renforcement de la coopération internationale dans la lutte contre le terrorisme.

Prenant note des Déclarations écrites N° 131 et 132 par des membres de l'Assemblée Parlementaire, le Comité des Ministres recommande à l'Assemblée de reconsidérer l'opportunité de tenir des réunions de ses Commissions en Israël et à Jérusalem en particulier. Elle demande au Président du Comité de transmettre le texte de cette déclaration au Président de l'Assemblée.

Le Représentant Permanent
de l'Autriche auprès du
Conseil de l'Europe

Strasbourg, le 4 octobre 1985

Bien que le Conseil de l'Europe ne puisse pas toujours élever sa voix lorsqu'éclatent des conflits internationaux, dans le cas de l'attaque récente d'Israël contre le quartier général de l'OLP en Tunisie une déclaration du Conseil de l'Europe paraît justifiée pour les raisons suivantes :

- Israël a un statut spécial auprès de l'Assemblée Parlementaire (statut d'observateur, des réunions de l'Assemblée Parlementaire ont même lieu à Jérusalem) ;
- la paix et la sécurité dans la région méditerranéenne ont une importance particulière pour le maintien de la paix dans l'Europe entière ;
- le Conseil de l'Europe a assumé une responsabilité particulière pour garantir le respect des Droits de l'Homme lesquels ont été violés d'une façon si frappante par l'attaque récente.

The Permanent Representative of
Austria at the Council of Europe

Strasbourg, 4 October 1985

Although the Council of Europe cannot always raise its voice when international conflicts arise, in the case of the recent attack by Israel against PLO headquarters in Tunisia a declaration of the Council of Europe seems justified for the following reasons:

- Israel has a special status in the Parliamentary Assembly (observer status, meetings of the Parliamentary Assembly are held even in Jerusalem);
- peace and security in the Mediterranean Region are of particular significance for the maintenance of peace in Europe as a whole;
- the Council of Europe bears a special responsibility to ensure respect of Human Rights which have been violated in such a striking manner by the recent attack.